Die Arbeit in der Ganztagschule –

Verträge mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern

RdErl. d. MK v. TT.MM.JJJJ – 21-81726-GT-817/2024 – VORIS 22410 –

Bezug:

- a) RdErl. „Die Arbeit in der Ganztagschule“ v. TT.MM.JJJJ (SVBl. S. X) – VORIS 22410 –
- b) RdErl. „Klassenbildung und Lehrkräftestundenzuweisung an den allgemein bildenden Schulen“ v. 21.03.2019 (SVBl. S. 165) – VORIS 22410 –
- c) Gem. RdErl. d. MK u. d. MS „Dienstrechtliche Befugnisse und sonstige personalrechtliche Aufgaben und Befugnisse sowie Zuständigkeiten nach dem Niedersächsischen Besoldungsgesetz“ v. 22.01.2018 (Nds. MBl. S. 66; SVBl. S. 113), zuletzt geändert durch Gem. RdErl. v. 14.05.2024 (Nds. MBl. 2024 Nr. 233 SVBl. S. 383) – VORIS 20400 –
- d) RdErl. „Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses bei Tätigkeiten im schulischen Bereich“ v. 01.09.2020 (SVBl. S. 544) – VORIS 20480 –

1. Gegenstand

Für außerunterrichtliche Angebote in der Ganztagschule können Lehrkräfte sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Bezugserlass zu a eingesetzt werden. Darüber hinaus können für außerunterrichtliche Angebote in der Ganztagschule Verträge mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern geschlossen werden. Die Einzelheiten hierzu regelt dieser Runderlass.

2. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten für außerunterrichtliche Angebote außerschulischer Partnerinnen und Partner

2.1 Vertragsarten

Für außerunterrichtliche Angebote außerschulischer Partnerinnen und Partner ist der Abschluss folgender Vertragsarten durch die Schulleitung zulässig:

- Kooperationsvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung
- Kooperationsvertrag ohne Arbeitnehmerüberlassung (z.B. mit Vereinen oder Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft)
- Kooperationsvertrag ohne Arbeitnehmerüberlassung mit Kommunen oder Einrichtungen in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft als juristische Personen des öffentlichen Rechts, wenn diese Tarifverträge des öffentlichen Dienstes oder Regelungen der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften anwenden.

2.2 Kooperationsvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung

Der Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung ist dadurch gekennzeichnet, dass die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber (Verleiherin oder Verleiher) der Schule eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer überlässt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit der Verleiherin oder dem Verleiher einen Arbeitsvertrag, sind aber im Übrigen in die Arbeitsorganisation der Schule eingegliedert und unterliegen den Weisungen der Schulleitung.

Die jeweils geltende Fassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes findet Anwendung. Insbesondere auf die Erlaubnispflicht für die Verleiherin oder den Verleiher sowie die Höchstdauer einer Arbeitnehmerüberlassung wird hingewiesen.

2.3 Kooperationsvertrag ohne Arbeitnehmerüberlassung (z.B. mit Vereinen oder Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft)

Mit dem Abschluss eines Kooperationsvertrages ohne Arbeitnehmerüberlassung verpflichtet sich eine Kooperationspartnerin oder ein Kooperationspartner zur Durchführung eines außerunterrichtlichen Angebotes mit von ihm eingesetzten Personen. Die von der Kooperationspartnerin oder dem Kooperationspartner eingesetzten Personen unterliegen bei der Durchführung des außerunterrichtlichen Angebotes allein dem arbeitsrechtlichen Direktionsrecht der Kooperationspartnerin oder des Kooperationspartners. Inhalt, Umfang, Zeit und Ort des außerunterrichtlichen Angebots sind im Vertrag konkret zu beschreiben. Abweichungen von diesen Festsetzungen bedürfen der vertraglichen Anpassung und können nicht einseitig durch die Schulleitung vorgegeben werden. Die fachliche Abstimmung hinsichtlich der Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote erfolgt zwischen der Schulleitung und einer von der Kooperationspartnerin oder dem Kooperationspartner bestimmten verantwortlichen Person.

Kooperationsverträge mit z.B. Vereinen oder Jugendhilfeeinrichtungen in freier Trägerschaft können unentgeltlich oder gegen eine zu vereinbarende pauschalierte Kostenerstattung für die Durchführung des außerunterrichtlichen Angebotes abgeschlossen werden.

2.4 Kooperationsvertrag ohne Arbeitnehmerüberlassung mit Kommunen oder Einrichtungen in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft als juristische Personen des öffentlichen Rechts, wenn diese Tarifverträge des öffentlichen Dienstes oder Regelungen der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften anwenden

Mit dem Abschluss eines Kooperationsvertrages mit Kommunen oder Einrichtungen in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft verpflichtet sich die Kooperationspartnerin oder der Kooperationspartner zur Durchführung eines außerunterrichtlichen Angebotes mit von ihm eingesetzten Personen. Die von der Kooperationspartnerin oder von dem Kooperationspartner eingesetzten Personen unterliegen bei der Durchführung des außerunterrichtlichen Angebotes dem Weisungsrecht der Schulleitung. Inhalt, Umfang, Zeit und Ort des außerunterrichtlichen Angebots sind im Vertrag konkret zu beschreiben. Abweichungen von diesen Festsetzungen bedürfen der vertraglichen Anpassung und können im Einzelfall durch die Schulleitung vorgegeben werden. Die fachliche Abstimmung hinsichtlich der Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote erfolgt zwischen der Schulleitung und einer von der Kooperationspartnerin oder von dem Kooperationspartner bestimmten verantwortlichen Person.

Die Kooperationsverträge können unentgeltlich oder gegen eine zu vereinbarende pauschalierte Kostenerstattung für die Durchführung des außerunterrichtlichen Angebotes abgeschlossen werden.

3. Vergaberecht

Als öffentliche Auftraggeber haben Schulen bei der Beauftragung entgeltlicher Verträge vergaberechtliche Vorschriften zu beachten. Der Fachbereich 1 U „Umsatzbesteuerung der Schulen und Studienseminare“ im Regionalen Landesamt für Schule und Bildung (RLSB) Osnabrück berät landesweit bei Fragen zu Vergaben in öffentlichen Schulen. Weiterführende Informationen und Materialien für öffentliche Schulen stehen im Bildungsportal Niedersachsen bereit.

4. Genehmigungsvorbehalt

Die Abschlüsse oder Änderungen der in Nr. 2.1 genannten Verträge bedürfen der vorherigen Genehmigung des zuständigen RLSB. Das Genehmigungsverfahren erfolgt elektronisch und die weitere Bearbeitung in den zuständigen RLSB.

An die Stelle der RLSB tritt für die Landesbildungszentren das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS).

5. Form

Für den Abschluss der Kooperationsverträge sind ausschließlich die im Bildungsportal Niedersachsen bereitgestellten Vertragsmuster zu verwenden. Änderungen der Vertragsmuster dürfen nicht vorgenommen werden. Sollte im Einzelfall ein Änderungsbedarf bestehen, ist die Änderung des Vertragsmusters bei dem zuständigen RLSB zu beantragen.

Für die Landesbildungszentren trifft das LS entsprechende Regelungen.

6. Führungszeugnis

Die von den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern eingesetzten Personen dürfen nach Bezugserlass zu d nur nach Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses tätig werden.

7. Zahlungen und Abrechnungen

Die Zahlungen für die in Nr. 2.1 genannten Verträge sind aus dem Budget der Schule aus Landesmitteln nach § 32 Abs. 4 Satz 1 NSchG zu leisten, das den Schulen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zur Verfügung steht.

Es ist zu beachten, dass die Landesmittel ausschließlich für die Wahrnehmung von Landesaufgaben verwendet werden dürfen.

Die Abrechnung von Kooperationsverträgen erfolgt über das Dezernat 1, Fachbereich Finanzen des jeweils zuständigen RLSB.

Für die Landesbildungszentren trifft das LS entsprechende Regelungen.

8. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt am xx.xx.2025 in Kraft und mit Ablauf des xx.xx.2030 außer Kraft.